

Sigrid Faath / Hanspeter Mattes
Hamburg, 2004

Misstrauen, Feindseligkeit und Gegnerschaft gegenüber „dem Westen“ – eine künftig dominierende Einstellung in Nordafrika, Nah- und Mittelost?

Ein Stimmungsbild

In regelmäßigen Abständen führten US-amerikanische Meinungsforschungsinstitute wie *Gallup* und *The Pew Research Center for the People and the Press* seit den Terroranschlägen vom 11. September 2001 weltweit Umfragen durch, in denen die Einstellung der jeweiligen Bevölkerungen zu den USA in Erfahrung gebracht werden sollte. In diesem Zusammenhang interessierte vor allem die Einstellung der Bevölkerung in den arabischen und islamischen Staaten Nordafrikas, des Nahen und Mittleren Ostens. Das Ergebnis: Von mal zu mal verschlechterte sich die Einstellung der Befragten zu den USA in diesen Staaten. Zeitungüberschriften wie „Der Antiamerikanismus in der islamischen Welt nimmt zu“ (*L’Orient-le Jour*, Beirut, 18.3.2004) oder Aussagen wie jene des ehemaligen US-Sicherheitsberaters Brzezinski, dass die US-Politik „die arabische Seele kochen“ lässt (*Die Welt*, 16.4.2003), waren und sind keine Seltenheit. Mit dem Beginn des Irakkriegs am 20. März 2003 dehnten sich sowohl die feindselige Rhetorik als auch die entsprechenden feindseligen Akte gegen US-Symbole und Repräsentanten aus. Mit der anhaltenden Besetzung des Irak werden zunehmend auch die Koalitionspartner der USA angegriffen.

Am 10. März 2004 zog der „Islam-Beauftragte“ der deutschen Bundesregierung im Auswärtigen Amt, Gunter Mulack, nach einem Jahr die Bilanz seiner Tätigkeit, die vor allem den „Dialog mit der arabischen Welt“ fördern sollte, um füreinander mehr Verständnis zu wecken. Er bestätigte den Eindruck, dass in den arabischen Staaten Misstrauen und Feindseligkeit gegenüber westlichen Staaten gewachsen seien, wenngleich – wie Gunter Mulack explizit anführte – Europa und besonders Deutschland „nach wie vor große Glaubwürdigkeit besäßen“ (*Das Parlament*, 15.3.2004).

Berichte über die Zunahme radikaler, d.h. gewaltbereiter islamistischer Gruppen in den Staaten des Nahen Ostens, über Anschläge von radikalen islamistischen Gruppen wie z.B. in Casablanca am 16. Mai 2003, in Madrid am 11. März 2004 oder in Saudi-Arabien im April 2004, die sich gegen ausländische Einrichtungen, Symbole und Kooperationspartner „des Westens“ richteten, sowie Berichte über vereitelte Anschläge in Jordanien und Syrien gleichfalls vom April 2004, werfen jedoch die Frage auf, ob denn ausnahmslos die US-Politik in Nordafrika, Nah- und Mittelost für diese Gewaltausbrüche und antiwestliche Rhetorik verantwortlich ist. Pressemeldungen vom April 2004 aus

Großbritannien über öffentliche Aufrufe zum Jihad durch mehrere Hundert junger Menschen, deren Familien vornehmlich aus Nah- und Mittelost nach Großbritannien eingewandert waren, weisen neben der US-Politik als „Aufhänger“ und Verstärker der Emotionen auf weitere Ursachen für diese vehemente Demonstration von Gegnerschaft hin. Die demonstrierenden Jugendlichen in Großbritannien erklärten Usama Ibn Ladin zu ihrer Leitfigur und gaben an, „dem Islam in Europa zum Sieg verhelfen zu wollen“. Es sind zweifellos auch die radikalen islamistischen Prediger, die nicht nur in den Staaten des arabischen und islamischen Raumes aktiv sind, sondern auch in europäischen Moscheen ihre antiwestlichen Positionen verbreiten, die Anteil an der aufgeladenen Stimmung haben. Eine religiös-identitäre Komponente ist diesen antiwestlichen Haltungen nicht abzusprechen; antiwestliche Positionen hängen aber bei weitem nicht in allen Fällen mit einer unzureichenden gesellschaftlichen Integration in westlichen Staaten zusammen, wie Untersuchungen über die soziale Situation von Islamisten zeigen, die in westlichen Staaten leben und in Terrorakte involviert waren.

Wenngleich für die meisten Staaten Nordafrikas, des Nahen und Mittleren Ostens gilt, dass die Teile der Bevölkerung, die auf politischer und gesellschaftlicher Ebene aktiv sind und zur Verbreitung von Meinungen oder auch Normen beitragen, nicht alle und nicht ausschließlich eine undifferenzierte Haltung zu den USA oder generell „zum Westen“ einnehmen, so ist wegen des derzeit massiven US-amerikanischen Engagements in den Staaten des Raumes in erster Linie Kritik an dem Handeln und Verhalten der USA anzutreffen. Unisono, ungeachtet der politischen oder religiösen Verortung, wird in diese Kritik eingestimmt. Eine am Deutschen Orient-Institut in Hamburg erstellte und 2003 veröffentlichte Studie zum „Antiamerikanismus in Nordafrika, Nah- und Mittelost“ gibt hierüber detailliert Auskunft.

Ende oder neue Chancen für die islamistische Bewegung?

Die Meinungen über die Zukunft der islamistischen Bewegung bzw. des Islamismus in Nordafrika, Nah- und Mittelost gehen seit Ende der 1990er Jahre weit auseinander. Der in den 1980er Jahren zunehmend die Politik und die Gesellschaft in Nordafrika, Nah- und Mittelost prägende, eng mit politischen Anliegen verknüpfte Islamismus rief widersprüchliche Einschätzungen über seinen Fortbestand und seine Ausprägung hervor. Die vorgebrachten Argumente für seine angebliche „grundlegende Veränderung“ und seine angebliche „Absage an ein politisches Projekt“ sind mitunter dieselben, die von anderen Beobachtern vorgebracht werden, um seinen Aufschwung insbesondere seit dem 11. September 2001 zu belegen.

Ein solches Argument, das doppelt nutzbar gemacht wird, ist z.B. die Teilnahme von Islamisten an Wahlen. Der ägyptische Journalist Reda Helal schrieb z.B. in der in Kairo

erscheinenden *al-Ahram Weekly* (21.11.2002) von einer „Wiederbelebung des Islamismus“ als Folge der US-Außenpolitik seit dem 11. September 2001 und verwies auf die seither eingetretenen Wahlerfolge der Islamisten in Pakistan, Marokko und Algerien. Für den französischen Wissenschaftler Olivier Roy ist der Islamismus hingegen in die post-islamistische Phase eingetreten. Roy meint, die Mehrheit der Islamisten habe ihr politisches Ziel, den „islamischen Staat“, aufgegeben und konzentriere sich auf die Re-Islamisierung der Gesellschaft. Diese gesellschaftliche Islamisierung sei apolitischer Natur und könne die unterschiedlichsten Ausprägungen annehmen: Sie könne strikt islamistisch sein oder auch einer liberal islamischen Religionsdeutung verpflichtet sein.

Slaheddine Jouchi, tunesischer Journalist und Menschenrechtsaktivist, interpretiert die Rückkehr des islamistischen Schleier's (Hijab) in die tunesische Öffentlichkeit (bereits vor dem 11. September 2001) als eine solche apolitische Re-Islamisierung vorwiegend junger Frauen, an der weder die staatlichen Religionsgelehrten noch die in Tunesien zerschlagenen Organisationen der islamistischen Bewegung oder einzelne ihrer streng kontrollierten und überwachten Mitglieder einen Anteil hätten. Für Jouchi handelt es sich um einen Ausdruck der Identität bzw. Identitätssuche. Die Hinwendung zur Religion in dieser formal-islamistischen Ausprägung rühre u.a. aus den Folgen der Arabisierung des Bildungswesens, wodurch der Zugang zu nahöstlichen, im Vergleich zu den Maghrebstaaten stark religiös geprägten Medien (Satellitenfernsehen) und die damit verbundene „Orientalisierung“ der Wahrnehmung erleichtert wurde und wird. Bei aller momentan apolitischen Ausrichtung derjenigen, die sich in Tunesien verstärkt der Religion zuwenden, erkennt Jouchi allerdings, dass mit dieser Entwicklung durchaus ein Risiko verbunden ist: Er schließt eine künftige Radikalisierung zumindest kleiner Gruppen nicht aus und verweist auf die Situation in Marokko (*L'Intelligent/Jeune Afrique*, Paris, 27.7.2003).

Der für seine Islamismusstudien bekannte französische Politikwissenschaftler Gilles Kepel geht in seinem Buch „Das Schwarzbuch des Dschihad: Aufstieg und Niedergang des Islamismus“ (München 2002) einen Schritt weiter und erklärt die islamistische Ideologie für „erschöpft“; er sieht den Moment der „Aufhebung“ und den Übergang der islamischen Welt in die Moderne bevorstehen, um „mit einer unerhörten Wucht mit der westlichen Welt (zu) verschmelzen“ (S. 27). May Kassem, Politikwissenschaftlerin und Lehrkraft an der *American University* in Kairo, spricht den Islamisten wiederum eine hohe Anziehungskraft für die „Masse der Bevölkerung“ zu; sie meint jedoch, es sei nicht „die islamistische Ideologie“ an sich, die anziehe, sondern die Themen, die von Islamisten aufgegriffen und diskutiert würden. Es handele sich nämlich um Themen, die „der Bevölkerungsmehrheit wichtig sind“.

Die ägyptische Politikwissenschaftlerin Hala Mustafa, Herausgeberin der Zeitschrift *Demokratie* (al-Dimuqratiya), charakterisiert die arabische Welt als vormodern, nicht säkular, antiliberal, gegen das Individuum gerichtet, in der Modernisierung weit zurückgefallen, und wirft den Eliten wie auch der Bevölkerung vor, dass ihnen keine andere Alternative als „Panarabismus und politischer Islam“ einfallen (FAZ, 2.2.2004). Eine Bestätigung für dieses Festhalten an „alten“ Konzepten lieferte vor kurzem exemplarisch der pakistanische Präsident Musharraf. Er erklärte im Januar 2004 auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos, die *islamischen* Staaten würden „den Menschen“ jetzt „Wohlstand und Gerechtigkeit“ bringen – im Gegensatz zum Kommunismus, der Gerechtigkeit ohne Wohlstand, und im Gegensatz zum Kapitalismus, der Wohlstand ohne Gerechtigkeit gebracht habe (Die Welt, 24.1.2004). Der pakistanische Präsident scheint für die gesamte Menschheit einen dritten „*islamischen*“ Weg zu propagieren, der wie eine Wiederauflage des islamistischen Konzepts „Der Islam ist die Lösung“ klingt. Der „islamisch“ geprägte Staat bzw. der Islam wird hier erneut als „Retter“ präsentiert. Nicht berücksichtigt wird, dass in jenen Staaten, in denen dem Islam ein sehr hoher Stellenwert eingeräumt wird, wie z.B. in Iran, Afghanistan, im wahhabitischen Saudi-Arabien und im Sudan, die Leistungsbilanz im Hinblick auf Wohlstand und Gerechtigkeit extrem variiert; schließlich kann im Fall von Saudi-Arabien der Wohlstand des Staates kaum auf die Stellung des Islam im Staat zurückgeführt werden.

Im historischen Rückblick ist auffallend, dass in Nordafrika, Nah- und Mittelost in Krisenzeiten immer wieder dieselben Debatten und Positionierungen auftauchen. Die in Aix-en-Provence erscheinende „Zeitschrift zu den islamischen Welten und dem Mittelmeerraum“ (Revue des Mondes Musulmans et de la Méditerranée) widmete 2002 dem Thema *Intellektuelle Debatten im Nahen Osten in der Zwischenkriegszeit* (1920er, 1930er Jahre) einen umfangreichen Band. Die intellektuellen Debatten der 1920er und 1930er Jahre kreisten um die Gründe für die Rückständigkeit der islamischen Welt im Vergleich „zum Westen“ und griffen damit ein bereits damals „altes“ Thema aus dem 19. Jahrhundert auf. Teilaspekte dieser in der Zwischenkriegszeit wiederbelebten Debatte waren: die Stellung der Religion im Staat, die Einheit der islamischen Welt, die Staatsordnung, die arabische Sprache, die Verallgemeinerung des Arabischen und seine Anpassung an neue, v.a. auch technische Entwicklungen, die Rolle der Frau in der Gesellschaft, die Beziehung zwischen „Orient und Okzident“ sowie schließlich die Bedingungen für wirtschaftliche und soziale Entwicklung.

Die Parallelen zur Gegenwart sind frappierend: Seit der offensiveren US-Außenpolitik nach den Terroranschlägen des 11. September 2001 und der erst recht seit dem Irakkrieg angekündigten „Demokratisierung des Nahen Ostens“ sind nicht nur in den arabischen Medien die Themen religiöse/kulturelle Identität, politische Reform, gemeinsames

arabisches Handeln und die Beziehungen zum Westen stark vertreten; vielmehr befassen sich zahlreiche politische und gesellschaftliche Gruppen mit diesen Themen und tragen ihre Interpretationen in die Bevölkerung hinein. Die Publikation der Berichte des *United Nations Development Programme* 2002 und 2003 zur menschlichen Entwicklung in arabischen Staaten (Arab Human Development Reports 2002, 2003), in denen ein enormer Entwicklungsrückstand festgestellt wurde, regten zudem staatliche und nichtstaatliche Einrichtungen und Organisationen zu Konferenzen und Seminaren an, die den Gründen dieses Entwicklungsdefizits nachgehen sollten. Auch in diesem Zusammenhang ähneln die diskutierten Themen denen der 1920er und 1930er Jahre und kreisen um die Identität, die Stellung der Religion in Staat und Gesellschaft, um die Ausrichtung politischer Reformen und in diesem Zusammenhang um ein „Ja oder Nein“ zu Demokratisierung nach „westlichem Muster“ oder zur Anerkennung der Universalität der Menschenrechte sowie um die Beziehungen „zum Westen“. Stagnierten in den 1990er Jahren die innergesellschaftlichen Auseinandersetzungen mit Repräsentanten der verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen und Interessen zu diesen Themen, so lebten sie seit dem Irakkrieg und dem drohenden „Demokratisierungsprojekt“ von außen durch die USA wieder auf.

Es drängt sich deswegen die Frage auf, welche Faktoren eine identitätsstärkende Rolle zugewiesen bekommen, ob der Islamismus wirklich „am Ende“ ist und sich tatsächlich eine „apolitische Religiosität“ herauskristallisiert, oder ob gegebenenfalls die „alten“ identitätsstiftenden Faktoren und entsprechenden Denkgebäude neu belebt werden. Ein historischer Rückblick zeigt, dass eher die letztgenannte Variante plausibel ist, denn nach der schweren Identitätskrise von 1967, als durch den Sieg Israels über die arabischen Streitkräfte das Selbst- und Weltbild der Eliten in den arabischen Staaten massiv erschüttert wurde, verloren modernistische Konzepte an Mobilisierungskraft. Aufschwung erhielt damals die religiös-fundamentalistische und dem politischen Islam verpflichtete Denkrichtung, die sukzessive ihren Einfluß ausweitete und sich organisatorisch etablierte.

Schutz der Religion und der Identität: zwei zentrale Themen

Das Ergebnis einer Studie zu den „Politischen und gesellschaftlichen Debatten in Nordafrika, Nah- und Mittelost“, ihren Inhalten, Trägern und ihrem Einfluß, die im Frühjahr 2004 am Deutschen Orient-Institut in Hamburg fertiggestellt und in Kürze in Buchform erscheinen wird, zeigt, dass gegenwärtig zwei Themenkomplexe eng miteinander verbunden werden und die politische und gesellschaftliche Auseinandersetzung in Nordafrika, Nah- und Mittelost dominieren. Es handelt sich um das Thema „Reformen“ im Sinne einer Modernisierung und Öffnung der Systeme und um

das Thema „religiös-kulturelle Identität“ (inklusive des Aspekts „Stellung der Religion im Staat“, „Schutz des Islam“). Die Debatten hierüber sind in ihren Teildiskursen nuancenreich, lassen sich jedoch *drei Hauptdenkrichtungen* zuordnen, die als Ausgangspunkt für die jeweiligen Argumentationen und abgeleiteten Weltbilder dienen. Bei diesen drei Hauptdenkrichtungen handelt es sich um die säkularistische, die fundamentalistisch/islamistische und die eine Synthese aus beiden anstrebende reformerische Denkrichtung. Ihnen entsprechen auf politischer und gesellschaftlicher Ebene unterschiedliche Konzepte der Organisation und der Gestaltung des Zusammenlebens. Seit dem zweiten Golfkrieg 1990/1991, nochmals verstärkt seit dem 11. September 2001 und der offensiveren US-Außenpolitik im Nahen Osten, nehmen identitäre Diskurse, Überlegungen zur Abgrenzung gegenüber „dem Westen“, seinen Dominanzversuchen und seiner Einflussnahme im politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Bereich großen Raum ein, was sich vor allem in den Diskussionen in Ägypten bzw. in den nahöstlichen Staaten niederschlägt. Die Befürworter einer Demokratisierung und Modernisierung nach westlichem Muster haben es wegen der US-Außenpolitik im Nahen Osten und dem Druck der US-Regierung, „westliche Konzepte“ umzusetzen, gegenwärtig noch schwerer als zuvor, für ihr Konzepte zu plädieren und hierüber eine konstruktive Debatte einzuleiten. Die Verteidigung der nationalen Souveränität bzw. eigener, authentischer Konzepte und die Sicherung der religiösen und kulturellen Identität stehen derzeit im Mittelpunkt der Diskussionen.

Die Politisierung der Religion durch die islamistische Bewegung und durch die Staatsführungen ist – das belegt die o.g. Studie – nicht zu einem Stillstand gekommen. Auch auf staatlicher Seite werden im übrigen keine Schritte unternommen, um die staatliche Neutralität gegenüber den Religionsgemeinschaften zu etablieren. Die Tendenz ist gegenläufig. Säkularisierung ist und bleibt ein Tabu: Die Mehrheit der islamistischen Bewegung, der wahhabitischen und ägyptischen religiösen Gelehrten der *Azhar* argumentieren vehement gegen die beiden „westlichen Konzepte“ Säkularisierung und Demokratisierung. Für den im Ausland lebenden Vertreter der oppositionellen, nicht legalisierten tunesischen islamistischen Organisation *Nahda*, Rachid Ghannouchi, ist die Säkularisierung, die er als Ausweitung der staatlichen Kontrolle über den religiösen, kulturellen und den Bildungsbereich definiert, eines der zentralen Hindernisse für die Errichtung einer „Demokratie“. Wohlgermerkt spricht Ghannouchi nicht über eine Demokratie im westlich liberalen Verständnis, sondern von einer „islamischen Demokratie“, über deren Ausgestaltung er sich allerdings nicht weiter auslässt (vgl. z.B. Tamimi, Azzam S. : Rachid Ghannouchi: A democrat within Islamism, New York 2001). Die religiös legitimierten Staaten (Saudi-Arabien, Marokko) wie auch die Republiken in Nordafrika, Nah- und Mittelost, deren Kontrolle über den religiösen Bereich sich mit dem

Erstarken einer islamistisch orientierten Opposition als Konkurrent um die Macht im Staat verschärfte, lehnen aus legitimatorischen und machterhaltenden Gründen eine Säkularisierungsdebatte ab. Die Neutralität des Staates gegenüber Religionsgemeinschaften und damit die Ablösung der Religion als Leitmedium aller Lebens- und Handlungsbereiche zugunsten eigenständiger Rationalitäten ist ein Tabu. Die Steuerungskapazität des Staates über den religiösen Bereich soll erhalten bleiben – die Islamisten stellen sie nur in Frage, wenn ihnen selbst diese Steuerung und Kontrolle verwehrt ist; es ist nicht das Prinzip als solches, das sie ablehnen. Diese Haltung wirkt sich auf die politische Reformdebatte aus, die Säkularisierung und Demokratisierung (in westlichem Sinne) in ihrer Mehrheitsströmung ausklammert. Von Islamisten wird Säkularismus in der Regel mit Areligiosität gleichgesetzt und damit die Argumentation zugunsten einer Ablehnung und Bekämpfung des Säkularismus erleichtert. Die Folgen für die Menschenrechtsdebatte und speziell den Aspekt der Religionsfreiheit sind evident: Das Thema Religionsfreiheit in Bezug auf die Muslime *und* auf nichtislamische Religionsgemeinschaften in mehrheitlich islamischen Staaten bleibt ein Tabuthema und die immer wieder vielzitierte Toleranz des Islam gegenüber Andersgläubigen bedeutet nicht Religionsfreiheit, wie Heiner Bielefeldt exemplarisch in seiner Publikation „Muslime im säkularen Rechtsstaat“ (Bielefeld 2003, bes. S. 15-58) ausführt. Eine offene Debatte über diese Problematik ist nicht in Sicht.

Marginal ist nach wie vor der Einfluß von muslimischen Intellektuellen, die sich um eine Reform (Modernisierung) des Islamverständnisses bemühen. Die Debatten in Iran sind zwar diesbezüglich weiter fortgeschritten, in der Praxis schlug sich dies dennoch nicht maßgeblich nieder. Für Nordafrika sind federführend der Tunesier Mohammed Talbi, der aus Marokko stammende, in London lebende Abdou Filaly-Ansari und der aus Algerien stammende, in Frankreich lebende Mohammed Arkoun zu nennen. Ihr Anliegen ist eine Reform des islamischen Denkens. Sie haben zahlreiche Bücher publiziert, doch beschränkt sich ihre Rezeption auf die Bildungselite, wengleich in Nordafrika eine moderate, moderne Interpretation des Islam von einigen Staatsführungen als Reaktion auf die islamistische und religiös-konservative Interpretation propagiert wird (z.B. Tunesien, Marokko). Einige Staatsführungen ergriffen auch Maßnahmen, um den religiösen Unterricht inhaltlich im Sinne eines solchen modernen Islamverständnisses zu modifizieren (Tunesien seit Anfang der 1990er Jahre; Marokko seit 2003 als Folge der terroristischen Anschläge vom Mai 2003).

Der in breiten Bevölkerungsschichten vorherrschende religiöse Konservatismus und der Einfluss der islamistischen Bewegung ist dennoch in den meisten Staaten in allen politischen und gesellschaftlichen Debatten zu spüren. Die Vertreter der religiös konservativen Denkrichtung, die in der Regel zum offiziellen (staatlichen) religiösen

Establishment gehören, und die Vertreter der islamistischen Denkrichtung stützen sich sogar gegenseitig: Viele Positionen überlappen sich und lassen sich kaum unterscheiden, wenn es um sittlich-moralische Aspekte oder um die Einschätzung „des Westens“ geht. Beide versuchen, einen „islamischen“ Weg für Reform, die Umsetzung von Menschen- und Frauenrechten, den Umgang mit Globalisierung und die Wahrung der Identität zu propagieren. Die Begrifflichkeiten sind zwar modern, die Begriffe werden jedoch ihrer „westlichen“ Inhalte entleert und im Sinne eines fundamentalistischen Islamverständnisses „islamisiert“. Die in jüngster Zeit bei einigen Islamisten an den Zeitgeist, an die neuen kommunikationstechnischen Möglichkeiten, die veränderten Konsum- und Bekleidungsgehnheiten der jungen Generation angepasste Präsentation ihrer Botschaft, die zudem auf die jeweilige soziale Schicht zugeschnitten ist wie u.a. bei dem populären ägyptischen islamistischen Fernsehprediger Amr Khaled, sollte nicht darüber hinwegtäuschen, dass die verbreiteten Inhalte durchaus keinem modernen Reformislam verpflichtet sind.

Das propagierte Weltbild ist de facto weiterhin der Zweiteilung der Welt verpflichtet und soll Abgrenzungsmechanismen fördern. Der islamischen Welt wird die westliche Welt als „feindliche Welt“ gegenübergestellt; Ziel ist der Sieg des Islam über den „moralisch unterlegenen Westen“. Religiöse Vorschriften gelten als „göttliches Recht“ und sind nicht diskutierbar.

Das religiöse Establishment und die Teile der islamistischen Bewegung, die sich von Gewalt distanzieren, haben in den letzten Jahren ihre legale Präsenz in den meisten Staaten ausbauen oder ihre Duldung „konsolidieren“ können. Der Irakkrieg 2003 gab ihnen nochmals Auftrieb; das dichotomische Weltbild floriert. Ihre Darstellung von der Bedrohung der (religiös-kulturellen) Identität durch externe Mächte und die Forderung nach Mobilisierung von Abwehrkräften erhält weithin, auch unter nichtislamistisch orientierten Mitgliedern der Bildungselite, großen Zuspruch. Die US-Außenpolitik seit dem 11. September 2001 und der Irakkrieg 2003 sind zu einem Argumentationslieferanten für die Re-Islamisierung der Debatten um kulturelle Identität und um politische Reformen geworden; in der Ablehnung einer oktroyierten Demokratisierung westlicher Prägung besteht Einigkeit. Nur durch Stärkung der religiös-kulturellen, vor allem der islamischen Identität, so der Tenor, könne ausländische Einmischung, kulturelle Dominanz und Gleichmacherei (im Kontext der Globalisierungsprozesse) abgewendet werden.

Positionen, die für Liberalisierung und Demokratisierung im westlichen Verständnis plädieren, gerieten deswegen in allen Debatten in die Defensive, wenn nicht gar ins Abseits. Unbeeinflusst von dieser Entwicklung blieb schließlich die Bewegung der Berberophonen in Algerien und Marokko, die ebenfalls zur Zeit vehement eine identitäre

und politische Reformdebatte führen; ihr erklärtes Ziel ist jedoch nach wie vor die Säkularisierung und Demokratisierung der Staaten.

Neue Allianzpartner – neue Stärke bei der Rückweisung „westlicher“ Konzepte

Das „Wiedererstarken“ von (Pan-)Arabismus und Islamismus, von nationalistisch-islamischen/islamistischen Allianzen und Diskursen ist eine Reaktion auf die negativ empfundenen oder die antizipierten Folgen der Globalisierung *und* auf das Verhalten der US-Administration seit dem 11. September 2001: Parallel zur zunehmend moralisierenden und sich missionarisch gebenden US-Administration traten in Nordafrika, Nah- und Mittelost religiöse und moralisch-sittliche, antiimperialistische und antiamerikanische Argumente in der Globalisierungsdebatte deutlich hervor. Sie führten *wegen des gemeinsamen Gegners (USA)* zu einer Annäherung zwischen religiös Konservativen und Islamisten auf der einen Seite und ehemaligen Linken, arabischen Nationalisten und Liberalen auf der anderen Seite. Die Globalisierungsdebatte konzentriert sich deshalb hauptsächlich auf die *kulturelle* Globalisierung und ihre Auswirkungen und die Strategie des US-Imperialismus. Die bereits seit dem zweiten Golfkrieg 1990/1991 wiederbelebte Imperialismus- und Nationalismusdebatte propagiert ebenfalls den Ausbau eines „nationalen Schutzwalls“ gegen Fremdbestimmung und Identitätsverlust und diskutiert zumindest wieder über den Arabischen Nationalismus. Als einen solchen Schutz vor der kulturellen Globalisierung wurde auch die im Januar 2001 in Ägypten von Präsident Mubarak lancierte „Wiederbelebung“ des Nationalismus präsentiert, der in einen moralisch-sittlichen Diskurs eingebettet ist. Dieser offizielle Diskurs übernahm islamistische Positionen und Forderungen.

Partikularistische Positionen bestimmen schließlich auch die Menschenrechts- und Frauengleichstellungsdebatte. Wegen der strukturellen Ausblendung des Individuums in islamisch geprägten Staaten und wegen des Hangs zum tribalen oder großfamiliären Kollektiv, in dem breite Teile der Bevölkerung (inklusive der Bildungs- und Funktionselite) sozialisiert wurden, haben es Konzepte schwer, die vom Individuum und seinen Rechten ausgehen. Eine kulturalistische Sicht, die auf der Partikularität der „arabisch-islamischen Welt“ besteht, prägt das Verständnis der Menschenrechts- und Frauengleichstellungsdebatte, die sich beide gegen das gesellschaftsprägende patriarchalische Modell stellen. Die These des Soziologen Manuel Castells, dass die Fähigkeit oder Unfähigkeit feministischer Bewegungen (sowie anderer Bewegungen, denen es um Anerkennung sexueller Identität geht), ihre Wertvorstellungen zu institutionalisieren, von den jeweiligen Beziehungen zur Staatsführung abhängt, lässt sich an den nordafrikanischen, nah- und mittelöstlichen Staaten exemplarisch aufzeigen: Nur wenn die Staatsführung – aus welchen Gründen auch immer – selbst feministische

Forderungen aufgriff und ihre Umsetzung förderte, kam die rechtliche Gleichstellung voran. Beispiele hierfür sind Tunesien, Libyen und inzwischen auch Marokko, wo der König auf der Verabschiedung eines Gesetzes zur formal-rechtlichen Besserstellung der Frauen bestand (Januar 2004), das nicht den islamistischen Vorstellungen entspricht.

„Abwehr“ von Fremdeinflüssen als Ziel

Positionen und Argumente, die religiös-identitäre Aspekte hervorheben, stehen seit 2003 in allen Debatten in Nordafrika, Nah- und Mittelost im Vordergrund. Das gemeinsame Ziel heißt denn auch „Abwehr“, Widerstand gegen fremde Einflüsse, Identitätsverlust, Gleichmacherei und Dominanz durch Dritte. „Westliche“ Konzepte werden als unvereinbar mit den kulturellen Werten, der Identität, dem kulturellen Partikularismus erklärt. Die Abwehr von Außeneinflüssen, die Wahrung der Authentizität und die Respektierung der Partikularität sind diejenigen Leitbegriffe, die momentan die Debatten richtungsweisend bestimmen. Die Gleichsetzung von (kultureller) Globalisierung mit „Verwestlichung“ und „Amerikanisierung“ ist signifikant ausgeprägt. Religiös-kulturelle Argumentationen, islamistische, nationalistische und arabisch-nationalistische Positionen haben derzeit Konjunktur, sowohl was die Identitätsdebatte als auch die Debatte um politische Reform und Demokratisierung (Ablehnung der westlichen Zwangsdemokratisierung), die Antiglobalisierungs-, Anti-amerikanismus- und Anti-imperialismusdebatte betrifft. In den Hintergrund getreten ist in den meisten Staaten die Menschenrechts- und vor allem die Frauengleichstellungsdebatte.

Die Überlegungen zur Reaktion auf die als externe „Bedrohung“ der Religion, der Identität und der nationalen Souveränität wahrgenommenen aktuellen Entwicklungen im arabischen und islamischen Raum nimmt in den politischen und gesellschaftlichen Debatten großen Raum ein. Partikularistische Positionen und Argumente werden aggressiv gegen universalistische Positionen und Argumente ins Feld geführt. Es findet ein Rückgriff auf „alte Konzepte“ statt, die eher den Status quo denn Veränderung fördern wie bei dem Thema innere Reform, das verstärkt unter dem Aspekt „Abwehr externer Einflüsse“ diskutiert wird. Die Wahrnehmung eines „äußeren Feindes“ scheint sich – wieder einmal – kontraproduktiv für strukturellen Wandel zu erweisen.

Der Einfluß religiöser Organisationen und Repräsentanten sowie islamistischer Organisationen und Gruppen reicht weit in die unterschiedlichsten sozialen Schichten und ist ausgeprägt; mit anderen Worten, religiös Konservative und Islamisten sind *überproportional* einflussreiche Träger von Debatten. Eine Ausnahme bilden die Staaten Tunesien und Libyen, in denen die islamistischen Gruppen massiv bekämpft wurden und keinen Handlungsspielraum haben. „Liberale“ mit säkularer Orientierung, die für eine Demokratisierung nach westlichem Muster eintreten, stellen in allen Staaten eine

Minderheit dar; ihnen fehlt die gesellschaftliche Verankerung. Diese Minderheit der säkularen Liberalen tritt zudem nicht immer offensiv für Demokratisierung ein und ist auch nicht immer ein vehementer, kompromißloser Kritiker und Gegner der Staatsführung; zum Teil sind diese Liberalen sogar in den Staats- und Verwaltungsapparat integriert.

Der Einfluß religiös-geprägter Positionen wird in den meisten Staaten durch die entsprechend ausgerichteten nationalen und überregionalen Medien gestützt. Die Medienpräsenz ist jedoch nicht *der* ausschlaggebende Faktor für die Verbreitung und den Einfluß dieser Positionen, er wirkt sich lediglich unterstützend aus. Ein weiterer unterstützender Faktor ist in den Maghrebstaaten die *Arabisierungspolitik* der 1970er/1980er Jahre gewesen, die inzwischen den jüngeren Generationen die Rezeption arabischsprachiger nahöstlicher Fernsehprogramme der Satellitensender erlaubt. Die Empfänglichkeit für die religiösen Sendungen und ihre sittlich-moralische Unterweisung wird durch die in der Regel traditionale Sozialisierung des Einzelnen begünstigt. Die Vermittlung islamistischer Religionsinterpretation v.a. in der saudisch wahhabitischen Variante wurde auf diese Weise unter jungen Heranwachsenden gefördert. Die von einigen maghrebischen Wissenschaftlern und Journalisten als „Orientalisierung“ bezeichnete Entwicklung, die Teile der jungen Generation erfasst, ist ein Phänomen, dessen Auswirkungen u.a. auf die Bemühungen der feministischen Bewegung, die Frauengleichstellung voranzutreiben, noch nicht abschätzbar ist.

Die als externe Bedrohung wahrgenommene Politik der USA seit dem 11. September 2001 hat Differenzen zwischen einzelnen Denkrichtungen zugunsten einer *gemeinsamen Position* zur Abwehr des *gemeinsamen Feindes* in den Hintergrund gedrängt. So wie nach 1967 importierte Konzepte auf zunehmende Ablehnung stießen, so wird insbesondere seit dem Irakkrieg 2003 und der amerikanischen Absichtserklärung, „democratic governance“ nach Nordafrika, Nah- und Mittelost zu exportieren, gegen importierte Konzepte und äußere Einmischung in entsprechenden politischen und gesellschaftlichen Debatten mobilisiert. Die Orientierung dieser Debatten, die in breiteren Gesellschaftsschichten rezipiert werden, wird von religiös Konservativen und der islamistischen Bewegung vorgegeben. Die von ihnen dominierte Identitätsdebatte ist durch die externe Bedrohung in den letzten drei Jahren zur zentralen Debatte insbesondere in Ägypten und den nah- und mittelöstlichen Staaten avanciert. Die islamistischen Organisationen und Gruppen zeigen sich seit dem 11. September 2001 trotz stärkerer Kontrolle und Überwachung in zahlreichen Staaten als sehr flexibel. Sie verstehen es, ihre Ideen den Umständen anzupassen und aus den politischen Umständen Argumente zu ziehen, die ihren Einfluß in der Gesellschaft konsolidieren. Damit gelang es ihnen, in breiten gesellschaftlichen Kreisen latente Ängste in Bezug auf die religiöse und kulturelle Vereinnahmung und den

Verlust der Identität zu schüren. Diese latenten Ängste, die um „den Schutz des Islam“ bzw. die Wahrung des religiösen Einflusses, die Stellung der Religion in Staat und Gesellschaft und die eigene Identität kreisen, stehen für große Teile der Bevölkerung in Nordafrika, Nah- und Mittelost – so auch die Beobachtung des tunesischen Historikers und Philosophen Hicham Ja×t – bei der Beurteilung der Politik „des Westens“ gegenüber dem arabischen und islamischen Raum im Mittelpunkt. Durch die offensive Politik der USA im Nahen Osten und die artikulierten Absichten der US-Regierung, die Region grundlegend umzustrukturieren (Demokratieexport) erhalten die Islamisten Argumentationshilfe, um diese Ängste zusätzlich zu schüren und sich als Verteidiger der nationalen Souveränität und der religiös-kulturellen Identität zu präsentieren. Die Islamisten besitzen darüber hinaus Glaubwürdigkeit, weil sie nicht – wie zahlreiche Regierungen – mit den USA kooperieren.

Perspektiven

Die islamistischen Organisationen und Gruppen bauen derzeit die Identität zum eigentlichen Abwehrmechanismus gegen Fremdbestimmung und ausländische Dominanz in allen Bereichen auf und sie definieren diese Identität selbstverständlich religiös. Die Minderheit der Bildungselite, die für westliche Konzepte oder eine (liberale) Reform des religiösen Denkens eintritt, ist gegenwärtig deutlich in der Defensive. Es ist nicht auszuschließen, dass sich die negative Wahrnehmung „des Westens“ und „westlicher Konzepte“ weiter verschärft und ausweitet, vor allem wenn keine Politikänderung „des Westens“, d.h. hier insbesondere der USA, eintritt und dadurch den Vertretern eines „westlichen Feindbildes“ stets neue Argumente geliefert werden. Wenn die Staatsführungen diese Wahrnehmungen durch einen entsprechenden moralisch-sittlichen Diskurs aus Gründen des Machterhalts unterstützen, wie dies z.B. in Ägypten deutlich der Fall ist, dann wird dieses Negativbild erst recht in breiten Kreisen verankert. In einigen nordafrikanischen, nah- und mittelöstlichen Staaten besteht deshalb die Gefahr, dass jene Bevölkerungsgruppen, die die USA und – synonym gebraucht – „den Westen“ ablehnen, zur dominanten Gruppe werden. Der Hauptgrund hierfür ist in der Agitation der islamistischen Gruppen und der ihnen sehr nahe stehenden Vertreter des „offiziellen Islam“ – wie z.B. Gelehrte der theologischen Universität der *Azhar* in Kairo – zu suchen, die gezielt identitäre Ängste schüren und ein „Gegenmittel“ anbieten. Dieses Gegenmittel beinhaltet die Abschottung, den Rückzug auf die eigenen Traditionen, die Aufwertung der Religion und ihrer Vorschriften. Neue Denkansätze sind unter diesen Umständen nicht zu erwarten. Die populistische, islamisch-nationalistische Gefühlslage wird deswegen mit großer Wahrscheinlichkeit in den Staaten Nordafrikas, des Nahen und Mittleren Ostens dominieren und dafür sorgen, daß die religiös Konservativen und

insbesondere der Islamismus nicht an Terrain verlieren wird. In diesem Klima ist ein Aufholen des immensen, alle Bereiche erfassenden Entwicklungsdefizits in den Staaten des Raumes kaum möglich, weil eine damit notwendigerweise verbundene Modernisierung von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft von diesen Gruppen als „Verwestlichung“ abgelehnt wird.